



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, W. von: Nach den Posener Kaisertagen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nach den Posener Kaisertagen

Von W. von Massow in Berlin



schöne, erhebende Festtage sind kürzlich über die Stadt Posen dahingerauscht. Die Provinz Posen huldigte in Begeisterung und Treue ihrem Kaiser und Könige. Auf der weiten Ebene von Lavica, vor den Toren der Stadt, stand das fünfte Armeekorps bereit, um dem streng und aufmerksam prüfenden Auge seines Kriegsherrn den Beweis zu liefern, daß es jedem anderen Bestandteil des deutschen Kriegsheeres gleichwertig und daß es bereit und fähig sei, in ernster Stunde seinen Platz innerhalb des deutschen Volkes in Waffen auszufüllen. Und neben den jungen Männern im bunten Rock grüßten ihren Kaiser die alten Soldaten aus der Provinz, hellen Auges und freudigen Herzens wie die ganze Bevölkerung, die in festlicher Stimmung ihre Huldigungen darbrachte. In der neuen Kaiserpfalz, wie der großartige Schloßbau in Posen als bedeutungsvolles Symbol mit Recht genannt wird, begrüßte der Kaiser seine Gäste, die Vertreter der Provinz, unter ihnen auch Mitglieder des polnischen Adels, mit schlichten Worten landesväterlicher Huld, mit Worten, wie sie im Munde eines Herrschers aus dem Hause Hohenzollern natürlich sind, um sein Verhältnis zu einer seiner Provinzen zu kennzeichnen. Nur ein kleiner Zusatz von Worten deutete die Kämpfe an, die auf diesem Boden ausgefochten werden, aber auch das geschah nur in dem Sinne, daß die Krone über diese Kämpfe hinausgehoben wurde. Nationalität und Konfession bedeuten nichts in dem Verhältnis des Monarchen zu seinen Landeskindern. So schienen die Posener Kaisertage eine Art von Ruhepunkt, einen Gottesfrieden, eine Treuga Dei in dem Kampf zwischen Deutschland und Polentum darzustellen.

So erschien es nach den Zeitungsberichten, und wir wollen gleich hinzufügen, daß das durchaus nicht bemängelt werden soll; es war richtig und gut so, daß dieser Gesamteindruck als Hauptsache festgehalten wurde. Man soll das

darauf gerichtete Bedürfnis der deutschen Patrioten in der Ostmark nicht unterschätzen und vernachlässigen. Aber wenn das Fest vorüber ist und die Alltagsstimmung wieder ihr Recht fordert, dann melden sich die betrachtenden Stimmen, die das politische Ergebnis feststellen wollen und hierbei nicht immer genügend auseinanderhalten, was dem Gefühlsbedürfnis und dem Augenblick, und was der Welt der politisch zu bewertenden Tatsachen zuzuweisen ist. Strenge Prüfung ist aber hier um so notwendiger, als es sehr leicht geschehen kann, daß — sei es in gutem Glauben, sei es mit parteipolitischen Hintergedanken — unter dem erhebenden Eindruck der Festberichte politische Gedankengänge eingeschmuggelt werden können, die als einleuchtende Folgerungen unbezweifelnder Voraussetzungen erscheinen, in Wahrheit aber nicht fester begründet sind als ein nachlässig ohne Fundament errichtetes Bauwerk auf Flugsand und Moorboden. Darum kann ein offenes Wort nicht umgangen werden. Von Herzen zu gönnen sind den Deutschen in der Provinz Posen die begeisternden und ermutigenden Eindrücke, die sich aus der Anwesenheit des Kaisers in Posen ergaben; nicht im geringsten herabstimmen oder unterschätzen wollen wir den Wert der treugemeinten Huldigungen, in denen unsere Ostmark ihrem angestammten Herrscher so gut und so ehrlich wie manche ältere Provinz des preußischen Staates jubelte. Aber wenn man die allen diesen Dingen fernerstehenden Landsleute im Reich hier glauben machen will, als ob jetzt im Osten wirklich eine Wendung zum Besseren eingetreten oder wenigstens die Möglichkeit besserer Zeiten eröffnet sei, so müssen wir auf die Frage, ob das richtig ist, mit einem ehrlichen und festen „Nein!“ antworten. Im Gegenteil ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß der jetzige schwächliche und kurzfristige Kurs der preußischen Staatsregierung in der Polenpolitik aus den Eindrücken der Pofener Kaisertage eine Rechtfertigung entnehmen wird.

Unsere nationale Presse hat zwar nach Kräften ihre Schuldigkeit getan und scharf und nachdrücklich die bezeichnenden Erscheinungen in dem Verhalten der Polen in das rechte Licht gerückt, vor allem die Nichtbeteiligung der polnischen Stadtverordneten an der Ehrung des Kaisers und die unverschämte Sprache der polnischen Presse, die sich in Gehässigkeit und Feindseligkeit nicht etwa nur gegen die Regierung und die herrschende Politik, sondern gegen den preußischen Staat selbst überbot. Aber in einzelnen Blättern, die großen Wert darauf legen, zu den nationalen gezählt zu werden, läßt man doch schon — freilich noch verschämt und gleichsam tastend — von Zeit zu Zeit das Wort „Versöhnung“ wieder anklingen, und man erkennt bereits deutlich, daß bestimmte politische Kreise für ein neues Programm Stimmung machen wollen, das sich etwa in folgender Weise kennzeichnen läßt: Zunächst betont man sehr lebhaft, daß man sich in energischer Hochhaltung des Deutschtums in der Ostmark von niemand beschämen und übertreffen läßt, man will also für das Deutschtum kämpfen; nur dürfen freilich dem Kämpfer daraus keine Nachteile entstehen. Solche Nachteile werden aber durch die Schärfe der Gegensätze, die eine stramme nationale

Politik immer mit sich bringt, verursacht, und deshalb meint man, es müsse immer wieder der Versuch erneuert werden, geeignete Elemente aus den Reihen der Polen zu uns herüberzuziehen. So dürfe auch das nationale Programm, das man ja im Prinzip nicht gut verleugnen könne, in der Praxis nicht allzu schroff ausgeführt werden, sondern im Hinblick darauf, daß der Zweck jedes Kampfes am letzten Ende der Friede und die Versöhnung sei. Dementsprechend scheint man die Hoffnung zu hegen, daß in der polnischen Aristokratie sich Elemente finden würden, die eine Art von Brücke zwischen Deutschtum und Polentum bilden könnten, und man war hochbeglückt, daß nach einer Reihe von vergeblichen Versuchen es endlich gelang, einige polnische Magnaten an des Kaisers Tafel zu locken.

Die hier skizzierten Ansichten sind ja durchaus nichts Neues; sie waren von jeher verbreitet, hatten aber bis vor vier Jahren an den maßgebenden Stellen glücklicherweise keinen Kurswert. Seit dem Rücktritt des Fürsten Bülow und besonders, seitdem Herr von Schorlemer als Landwirtschaftsminister an die Stelle des Herrn von Arnim trat, wurde der Kurs der Polenpolitik langsam aber sicher auf jenen Ideenkreis eingestellt. Während zuerst noch die vollzogene Schwenkung entschieden abgeleugnet wurde, sind wir jetzt bereits soweit, daß aus der neuen Methode kein Hehl mehr gemacht wird, wenn auch fortgesetzt — und zwar, wie ich fest überzeugt bin, in gutem Glauben — behauptet wird, daß diese Methode keine Schwenkung bedeute, sondern im Prinzip an der früheren Ostmarkenpolitik festhalte. Auch darin sind wir jetzt bereits einen guten Schritt weiter, daß, wie schon angedeutet wurde, die eingeleiteten Versöhnungspläne in der geschilderten Weise offen in einem Teil der Presse angepriesen werden.

Gegen solche Auffassungen Front zu machen, ist keine angenehme Aufgabe, nicht etwa wegen zu fürchtender Angriffe, sondern weil man dabei gegen ein Mißverständnis zu kämpfen hat, das dem Gegner die Verteidigung sehr leicht macht. Die Gegnerschaft gegen Versöhnungs- und Vermittlungspolitik und die Befürwortung einer energischen und entschiedenen Ostmarkenpolitik wird gewöhnlich in einen Topf geworfen mit den gutgemeinten, aber nicht immer nützlich wirkenden Äußerungen eines überspannten Gefühlspatriotismus, dessen Lebenselement beständige Aufregung ist. Ich weiß mich aber von jeder Exaltiertheit frei und darf vielleicht darauf hinweisen, daß ich in meinem Buch über die Polenfrage („Die Polennot im deutschen Osten“) als grundlegendes Bekenntnis über meine Auffassung dieser Frage die Worte geschrieben habe: „Es gilt, eine Politik festzulegen, auf die sich möglichst viele unserer Volksgenossen verschiedener Parteilassung und Gemütsanlage vereinigen können. Bei der milden und gerechten Denkweise des deutschen Volkes wird das immer eine Politik sein müssen, die nicht schärfere Maßregeln braucht, als zur Erreichung des Zwecks eben notwendig sind.“

Was ist das nun für ein Zweck, der erreicht werden soll? Weiter gar nichts als die Sicherung unseres Gebietsstandes und unseres Volkstums in

diesem Gebiet. Wenn über ein so einfaches und selbstverständliches Ziel überhaupt Meinungsverschiedenheiten bestehen, so erklärt sich das nur daraus, daß weite Kreise unserer Landsleute über Art und Grad der Gefährdung unseres Besitzstandes im Osten nicht unterrichtet sind. Und so ist es in Wahrheit. Worin liegen nun die Gründe dieser auffallenden Erscheinung?

Zunächst und vor allem wohl in einem Empfinden, das bei dem preußischen Staatsbürger berechtigt ist und ihm Ehre macht, nämlich in dem Vertrauen auf die preußische Staatsgewalt und den preußischen Staatsgedanken. Diese Frucht einer eigenartigen Geschichte und Erziehung läßt dem Gedanken, daß ein fremdes, auf unserem Boden in der Minderzahl befindliches Volkstum eine Gefahr für uns bedeute, sehr wenig Raum. Man darf nicht vergessen, daß die Zeit noch gar nicht so weit hinter uns liegt, wo in unseren östlichen Provinzen der Gedanke, daß man etwas für „das Deutschtum“ tun oder gar Opfer bringen müsse, in weiten und einflußreichen Kreisen der Bevölkerung auf völlige Verstandnislosigkeit gestoßen wäre. Diese Kreise umfaßten nicht nur den ländlichen Grundbesitz, sondern auch den größten Teil des Bürgertums. Gewiß, man war sich des nationalen Gegensatzes bewußt, der, auf Charaktereigentümlichkeiten beruhend, einen intimeren Verkehr mit den Polen und ein wirkliches Vertrauensverhältnis nur in engen Grenzen aufkommen ließ; sie fühlten sich unter diesen Verhältnissen als Deutsche nach Sprache und Sitte, und es fanden sich genug Vertreter und Freunde geistiger Interessen, die ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation sehr viel tiefer erfaßten. Aber das ganze politische Streben blieb in den Begriffen „König und Vaterland“ beschlossen, wobei als Vaterland nur der preußische Staat angesehen wurde. Sie haben es dann allmählich anders gelernt: als „König und Vaterland“ durch „Kaiser und Reich“ ergänzt und erweitert wurden und sie sich den Einflüssen der neuen Zeit nicht mehr entziehen konnten. Aber man unterschätzt die zähe Beharrlichkeit in der Geistesverfassung dieser Kreise, wenn man sich nicht klar macht, daß noch immer starke Wurzelfasern in die Vergangenheit hinüberreichen, in der man in politischer Beziehung nur ein Preußentum, noch kein Deutschtum kannte. Preußentum in diesem Sinne ist aber etwas ganz anderes als etwa der „Partikularismus“ der Bayern, Sachsen usw.; es hat nichts mit einem Stammesgefühl zu tun, sondern ist historisch gezüchtetes Staatsgefühl und ganz ausschließlich politischer Färbung. Noch heute sieht der Großgrundbesitzer in den Ostmarken und — nachdrücklich sei es hinzugefügt — auch der wohlhabende Bürger, der in einem kleinen Kreise einen beherrschenden und führenden Einfluß übt, durchaus nicht ein, warum die von ihnen beherrschten Schichten verdeutscht werden sollen. Sie glauben den Polen gegenüber ihre Autorität genügend wahren zu können, und nach oben hin bürgt ihre eigene Staatsstreue nach ihrer Meinung dem Staate genügend dafür, daß sein Interesse gewahrt wird. Dagegen wirkt, wie sie glauben, der Kampf gegen das Polentum im Sinne des Ostmarkenvereins lockernd auf von altersher bestehende und durch historische Entwicklung be-

festigte Beziehungen und stellt die Staatsautorität mehr oder weniger in Frage. Sie behaupten: während der polnische Arbeiter an Gehorsam gewöhnt sei, bringe der deutsche die Sozialdemokratie ins Land.

Es ist nicht nötig, die Gegensätze, die aus solchen Auffassungen von Deutschtum und Polentum entstehen, hier noch weiter auszuführen, da sie erst vor kurzem in den Grenzboten (Nr. 34) von kundiger Seite zutreffend geschildert worden sind. Hier kam es in erster Linie darauf an, auf den inneren Grund, aus dem die Gegensätze entstehen, hinzuweisen. Man wird dann vielleicht eher verstehen, warum die Disharmonie zwischen dem Standpunkt, den wir der Kürze halber den „agrarischen“ nennen wollen — obwohl er keineswegs nur von Großgrundbesitzern vertreten wird —, und dem Standpunkt des Ostmarkenvereins so tief liegt und so schwer zu beseitigen ist, dann aber auch, warum sich die preussische Staatsregierung immer wieder von klaren Entschlüssen abdrängen läßt. Sie sieht sich durch die Macht der Tatsachen und Erfahrungen auf den Standpunkt des Ostmarkenvereins festgelegt, aber die innere Verfassung der Beamtenschaft, mit der sie arbeitet, wirkt wie eine Art von chemischer Wahlverwandtschaft, die ihre innere Freiheit gegenüber dem agrarischen Standpunkt beeinträchtigt. Und so klammert sie sich doch immer wieder an die Hoffnung an, die Gegensätze vereinigen und vermitteln zu können. In dieser Hoffnung sieht sie sich bestärkt und ermutigt durch Stimmungen, die aus menschlichen Gründen überall leicht Verständnis und Rückhalt finden und bei uns Deutschen vielleicht noch mehr als anderswo hoch im Preise stehen, — Stimmungen, die nicht in sachlichen Erwägungen und genauer Kenntnis der Dinge, sondern in der Lebensweisheit des Alltags und der Enge ihren Ursprung haben. Diese Weisheit lehrt, daß es angenehmer und für die eigene wertige Person in der Regel vorteilhafter ist, allem, was Zank und Streit bringen kann, auszuweichen und gegenüber einer Gefahr, die nicht unmittelbar den eigenen Nutzen oder die eigene Bequemlichkeit bedroht, sich auf den Standpunkt zu stellen: „Es wird schon nicht so schlimm sein!“ In dieser Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit liegt eine mächtige Bundesgenossenschaft für alle diejenigen, die zwar selbst von solchen Ansichten weit entfernt sind, aber doch froh sind, die ernststen Mahnungen zu einer klaren und entschiedenen Bekämpfung des Polentums als unnötige Treibereien und überflüssige Nervosität hinstellen zu können.

Ist es denn aber nicht ganz richtig, daß man in diesem Kampf jede mögliche Handhabe ergreift, um zu einem Frieden zu kommen? Muß man nicht sehen, daß man an ein bestimmtes Ziel, an ein Ende gelangt? Ganz gewiß! Aber es fragt sich, auf welchem Wege der Friede schneller und besser zu erreichen ist, und der richtigen Entscheidung dieser Frage steht leider ein Hindernis im Wege, an dessen Aufrichtung Schule und Überlieferung beharrlich in bester Absicht gearbeitet haben. Dieses Hindernis ist die herkömmliche Unterschätzung der Polen, zu der schon in der Schule dadurch der Grund gelegt wird, daß der Art und der Entwicklung dieses unseres Nachbarvolkes nur in unzureichender und ein-

seitiger Weise gedacht wird, daß man dann weiter eigentlich nur von ihrer politischen Unfähigkeit und der Unzweckmäßigkeit ihrer Staatseinrichtungen spricht, ohne zu erklären, wie und warum sie so geworden sind, und daß alle diese üblen Eigenschaften der Polen nur als Folie dienen für die entgegengesetzten Eigenschaften des preussischen Staats. Man nehme dazu die in den üblichen Darstellungen meist recht bedenkliche Begründung der preussischen Politik bei den Teilungen Polens, — diese Theorie von dem Recht eines Staats, dem Nachbar ein Stück Land wegzunehmen, weil dieser sich angeblich nicht selbst regieren kann und nicht genug Ordnung bei sich hält. Solche Darstellung entspringt ja patriotischer Absicht, und es mag ja wohl schwer sein, für die Besonderheit dieser merkwürdigen geschichtlichen Vorgänge einen volkstümlich verständlichen Ausdruck zu finden. Aber man macht oft genug die Erfahrung, daß auch gebildete und kenntnisreiche Leute über die Umstände, die die Teilungspolitik für Preußen zu einer Pflicht im dringenden Staatsinteresse machten, im Unklaren sind und sich mit dem Endurteil beruhigen, daß die Teilungsmächte einem Volk von so unendlicher politischer Verdumpftheit nur eine Wohlthat erwiesen, wenn sie mit seiner Selbständigkeit Schluß machten und ihm gestatteten, unter fremdem Zepter weiter zu leben. Woraus dann für die Polen folgt, daß sie nach diesem unrühmlichen Ende auch wirklich nichts besseres tun können, als Vernunft anzunehmen und treue Untertanen ihrer neuen Herren zu werden. Und viele sind eben überzeugt, daß die Polen das auch wirklich tun werden, wenn man sie nur nicht schikaniert und ruhig polnisch sprechen läßt. Optimisten meinen, sie würden auch das mit der Zeit ganz von selber lassen, wenn man sie gewähren lasse. Aber das alles soll angeblich nur zu erreichen sein, wenn man eben die Polen, die Vernunft annehmen wollen, recht freundlich und entgegenkommend behandle.

Leider sind das alles Gedankenkonstruktionen, die in der Wirklichkeit nicht den geringsten Boden haben. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß in diesen Fragen so viele Leute ihre Urteile aus der Praxis zu schöpfen glauben, wenn sie ihnen nur die nächsten Erfahrungen aus der Gegenwart und aus der unmittelbaren Umgebung zugrunde legen. Diese mögen ja sehr wertvoll sein, wenn es gilt, aus den Eigenschaften polnischer Arbeiter möglichst Nutzen für die Bewirtschaftung eines Gutes zu ziehen. Aber sie genügen nicht, um das Verhältnis von Deutschland und Polentum im allgemeinen zu beurteilen. Ein solches Urteil muß allerdings auch aus der praktischen Erfahrung geschöpft sein, aber aus der Erfahrung von Jahrhunderten, die in der geschichtlichen Entwicklung der Völker niedergelegt ist. Viele Leute machen sich nicht klar, daß das auch zur „Praxis“ gehört und nicht unterschätzt werden darf. Das Entscheidende dieser in der Geschichte wurzelnden Erfahrungen ist, daß die Polen noch heute alle die charakteristischen Eigenschaften bewahrt haben, die ihnen die Bezeichnung einer Nation sichern. Ist das aber der Fall, so ist es ein Un Ding, daß eine solche Nation mit achthundertjähriger Geschichte und reichentwickeltem Geistes-

leben durch eine nationale Katastrophe sollte vernichtet werden können, während Nationalbewußtsein und Geistesleben ungebrochen in ihrer Eigenart weiter fortbestehen und in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung sogar eine unverkennbare nationale Wiedergeburt stattgefunden hat.

Gegen solche Tatsachen soll man nicht die Augen schließen, sondern sich vielmehr fragen, ob eine Nation, die in dem geschilderten Zustande sich befindet und sich von den anderen lebenden Nationen nur, aber auch nur dadurch unterscheidet, daß sie kein eigenes Staatswesen besitzt, sich jemals damit zufrieden geben kann, unter der Herrschaft von drei fremden Staaten zu leben. Es klingt vielleicht nicht schön, wenn man das als Deutscher so rücksichtslos ausspricht, aber es ist die Wahrheit, und man beweist seinen Patriotismus nicht, indem man eine unbequeme Wahrheit totschweigt, sondern indem man ihr ins Auge sieht und die Folgerungen zieht, die im Interesse unseres Vaterlandes notwendig sind. Es gibt heute keine „alliierten Polen“ mehr in dem Sinne, wie Fürst Bismarck diesen Ausdruck gebrauchte, d. h. Polen, die sich wirklich noch als solche fühlen und rechnen und doch staatsstreu sind. Es hat solche Leute gegeben, als der polnische Adel aus Gründen, die in besonderen Zeitumständen lagen, zum Teil anfang, an der Zukunft Polens zu verzweifeln. Jetzt gibt es höchstens noch „resignierte Polen“, d. h. eine kleine Zahl von Leuten, die die Erfüllung der polnischen Hoffnungen in eine so ferne Zukunft setzen, daß sie persönlich mehr im Interesse ihrer Landsleute zu handeln glauben, wenn sie äußerlich ihren Frieden mit dem Staatsverbande halten, dem sie in der Gegenwart angehören. Wer heute trotz polnischer Abkunft innerlich und bis in die letzten Folgerungen staatsstreu ist, der kann sich überhaupt nicht mehr als Pole fühlen. Und wenn heute wirklich ein Pole bei gegebener Gelegenheit die Interessen des preussischen Staates denen seines Volkstums vorziehen wollte, so würden seine Volksgenossen einfach über ihn hinwegschreiten. Man kann hiernach ermessen, was für einen Wert es hat, wenn hier und da ein paar vornehme Polen an der kaiserlichen Tafel erscheinen. Für das Verhältnis des Polentums zum Deutschtum hat das gar keine Bedeutung; es wird nur insofern Schaden gestiftet, als sich immer wieder urteilslose Leute finden, die damit etwas zu erreichen und die Polen in das staatsstreu Lager herüberzuführen glauben. Illusionspolitik, weiter nichts!

Manchem wird diese leidige Wahrheit sehr trostlos erscheinen, und es könnte gesagt werden: wenn die Sachen so schlimm stehen, dann ist ja überhaupt kein Ende abzusehen; wenn das polnische Volk wirklich noch eine Zukunft hat, so können wir ja nie zu einem Frieden in unserer Ostmark gelangen. Es ist richtig, daß die Bestrebungen des Polentums eine wirkliche Gefahr für uns bedeuten; denn sie sind wirklich darauf gerichtet, ein neues Polenreich herzustellen, das nur auf unsere Kosten so zu gestalten ist, wie es das Polentum erträumt. Was aber die Gefahr erhöht, ist, daß die Polen sehr wohl eingesehen haben, daß ihre Hoffnungen nicht in kurzer Zeit durch übereilte Aufstandsversuche zu erfüllen sind, sondern höchstens in geduldigem Abwarten einer

europäischen Verwicklung, und auch dann nur nach einer langen und mühsamen Vorarbeit. Diese Vorarbeit richtet sich auf die stille und zähe, mit allen Mitteln angestrebte Vermehrung, Stärkung, Sammlung und möglichst vollständige Absonderung des polnischen Elements in unserer Ostmark. Solange diese Arbeit nicht gegliickt oder wenigstens bis zu einem bestimmten Punkte durchgeführt ist, muß jeder Versuch der Polen, unser Ostmarkengebiet für ihre nationalen Hoffnungen mit in Anspruch zu nehmen, aussichtslos bleiben. Diese Aussichtslosigkeit ist aber gerade das, was wir herbeiführen wollen. Haben wir die Miniarbeit der Polen auf unserem eigenen Grund und Boden soweit durchkreuzt und gehemmt, so ist die einzige Möglichkeit für einen modus vivendi gegeben. Darüber hinaus Feinde der Polen zu sein, haben wir gar keinen Grund. Also gerade auf diesem Wege des beständigen und unermüdlchen Entgegenarbeitens gegen alles, was dem Polentum Vorschub leistet, liegt die einzige, jedenfalls die nächste Möglichkeit zum Frieden. Wer in blindem Vertrauen auf die Loyalität einzelner Polen diesen Vorpostendienst gegenüber dem Polentum an einer Stelle unterbricht und stört, der verlängert den Kampf, erreicht also gerade das Gegenteil von dem, was mit der Versöhnlichkeit beabsichtigt wird.

So sieht die Lage aus, wenn man den Dingen einigermaßen auf den Grund geht. Deshalb darf auch nicht darauf verzichtet werden, den wahren Sachverhalt immer aufs neue in das rechte Licht zu stellen, damit sich ein immer weiterer Kreis überzeugt, daß es sich nicht um die Lust an Aufregung und Hezerei handelt, sondern um ernst überlegte Notwendigkeiten. Es ist freilich eine alte Erfahrung im Leben, daß Warnungen in der Regel nichts helfen; es will eben jeder seine eigenen Erfahrungen machen. So scheint es auch den preußischen Staatsmännern mit wenigen Ausnahmen in der Polenfrage zu gehen. Man meint, jedes Kind müßte nachgerade einsehen, daß das allerschlimmste die Schwankungen und Experimente sind, und man dürfte nun endlich auf einen festen Kurs rechnen. Und doch erlebt man immer wieder, daß die alten Fehler getreulich wiederholt und mit den alten, längst überwunden geglaubten Gründen verteidigt werden. Das ist wohl geeignet, bitter und mutlos zu stimmen, aber vielleicht, wenn wir Schaden genug gehabt haben, kommt doch einmal eine Zeit, in der die Einsicht dessen, was not tut, allgemein wird. Und im Hinblick darauf soll man auch jetzt trotz entmutigender Eindrücke nicht müde werden, den nationalen Standpunkt gegen kurzfristige und verfehlte Versöhnungsideen zu verteidigen.

